Aus Bundespolitik und Sozialversicherung

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO**

Band (Jahr): **97 (2000)**

Heft 10

PDF erstellt am: **19.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Aus Bundespolitik und Sozialversicherung

Ausländerkommission: Die vom Bundesrat kürzlich verabschiedete Verordnung über die Integration der AusländerInnen berücksichtigt laut Pressemitteilung des Christlichnationalen Gewerkschaftsbundes der Schweiz (CNG) Forderungen der aus der EKA ausgetretenen Organisationen hinsichtlich Aufgaben, Zuständigkeit und Organisation der Eidgenössischen Ausländerkommission (EKA). Demnach ist die Unabhängigkeit der EKA gegenüber dem Bundesamt für Ausländerfragen (BFA) gewährleistet; das Sekretariat der EKA wird dank einem Verständigungsmemorandum seine Aufgaben innerhalb des BFA unabhängig, wirkungsvoll und unbürokratisch wahrnehmen können; die finanziellen Mittel zur Finanzierung von Integrationsprojekten sind aufgestockt worden; die Vertretung der AusländerInnen in der Kommission wird verbessert. Der Bundesrat kam jedoch nicht auf seinen Grundsatzentscheid zurück, die EKA dem BFA anzugliedern, und erfüllte den Antrag des CNG, eine/n Delegierte/n für Integrationsfragen zu ernennen, nur teilweise. Nach eingehender Diskussion in seinem Vorstand ist der CNG aber bereit, sich wieder an den Arbeiten der EKA zu beteiligen.

Schwarzarbeit: Im Kampf gegen die Schwarzarbeit will der Bundesrat die Sanktionen gegen fehlbare Arbeitgeber verschärfen. Der Christlichsoziale Gewerkschaftsbund (CNG) verlangt laut einer Pressemitteilung eine deutliche Erhöhung der Sanktionen für die Hinterziehung von Sozialversicherungsbeiträgen. Da die Ursache von Schwarzarbeit der erzielbare ökonomische Vorteil sei, müsse für eine wirksame Bekämpfung der Schwarzarbeit der wirtschaftliche Gewinn konsequent abgeschöpft werden. Die Bezahlung geschuldeter Beiträge könne nicht als Sanktion bezeichnet werden. Mit dem «harten Vorgehen» im Ausländerrecht dagegen ist der CNG einverstanden: Im neuen Ausländergesetz (AuG) ist vorgesehen, dass Arbeitgeber für die schwarze Beschäftigung von AusländerInnen mit Gefängnis oder Bussen bis zu 500'000 Franken bestraft werden können.

Sozialdienst an private Firma übergeben

Die Gemeinde Gelterkinden geht neue Wege

In Gelterkinden stellt seit diesem Sommer nicht länger die Gemeinde eine Sozialarbeiterin oder einen Sozialarbeiter an. Für den Sozialdienst ist neu eine private Firma zuständig.

Gleichzeitig mit der Auslagerung des Sozialdienstes reduzierte der Gemeinderat von Gelterkinden den Stellenumfang von 250 auf 150 Prozent: Dies berichtete kürzlich die «Basler Zeitung». Während die SP kritisiert, inskünftig werde eine private Firma mit SozialhilfebezügerInnen ein Geschäft machen und die Gemeinde wohl nur noch Minimalbeträge nach SKOS-Richtlinien ausrichten, betont Gemeindepräsident Michael Baader, die Firma verdiene nichts daran, wenn beim Sozialdienst Einsparungen möglich würden. Das Pensum habe dank vereinfachter Abläufe in der Administration sowie dank konsequentem EDV-Einsatz reduziert werden können. Ein Vorteil sei insbesondere,